

Populismus und kein Ende. Müller belebt die Debatte, aber bereichert er sie auch?

Kommentar zu Jan-Werner Müllers Essay „Was ist Populismus?“

Karin Priester^{*}

Nachdem um 2000 zahlreiche, bis heute grundlegende Veröffentlichungen zum Thema „Populismus“ erschienen sind, hat inzwischen eine gewisse Sättigung eingesetzt. Was konnte man nach den Arbeiten von Mény/Surel, Hermet, Taggart oder Mudde noch zum Thema schreiben außer parteipolitische Kommentare oder Case Studies mit geringer Halbwertszeit?¹ In der veröffentlichten Meinung ist „Populismus“ ohnehin nur ein Stigmawort zur Bezeichnung der Schmuttelkinder am rechten und linken Rand (vgl. Priester 2015: 138–147).

1. Der Versuch, den Pudding des Populismus an die Wand zu nageln

Ein Grund mehr, sich erneut der Frage zuzuwenden: Was ist eigentlich Populismus? Der in den USA lehrende Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller hat ein Buch dazu vorgelegt, das hier in einer Kurzfassung kommentiert werden soll (Müller 2016a; 2016b). Müller nennt seinen Text einen Essay. Essays stellen keine Theoriegebäude auf und legen keine empirischen Forschungsergebnisse vor, sondern sind Versuche, sich auf unterschiedlichen Ebenen einem Thema anzunähern. Bisweilen führt das bei Müller zu einer gewissen Sprunghaftigkeit, zu Abschweifungen und einseitig ausgewählten Belegen. Methodologisch ist es überdies ein Problem, amerikanische Populisten ohne Berücksichtigung der Kontextgebundenheit eines jeden Populismus in eine Reihe mit europäischen Populisten zu stellen.

Müller versteht unter Populismus „[...] eine ganz bestimmte Politikvorstellung, laut der einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische, korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen [...].“ (Müller 2016b: 187). Dabei geht er (2016b: 189) von „der

* Prof. Dr. Karin Priester, emeritierte Professorin der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.
Kontakt: priestek@uni-muenster.de

1 Vgl. Mény/Surel (2000); Taggart (2000); Mudde (2007); Laclau (2005). Priester (2007, 2012). Ab Mitte des Jahrzehnts folgten diverse Case Studies in Sammelbänden, von denen hier nur genannt seien: Decker (2006); Wielenga/Hartleb (2011); Mudde/Rovira Kaltwasser (2012).

populistischen politischen Theorie“ aus, die mir bisher noch nicht begegnet ist, was zwar an mir liegen kann. Ich glaube aber, dass die Theorieabstinenz des Populismus in der Sache selbst verankert ist. Populismus ist vor allem ein reaktives Phänomen, das als vorreflexiver Protestkatalysator auf Bedrohungen oder Missstände mit Abwehr reagiert und die Rückkehr zu einem nach Ort und Zeit unterschiedlich bestimmten Goldenen Zeitalter anstrebt.

Müller nennt drei konstitutive Kriterien für Populismus: Elitenkritik, Antipluralismus und moralischen Alleinvertretungsanspruch, auf den er besonderes Gewicht legt. Als Gegenpol zu den Eliten werde das Volk als homogen und als moralisch rein verstanden, was auch immer „moralisch rein“ bedeuten mag (man handelt entweder moralisch oder unmoralisch, aber nicht „moralisch rein“). Auf die Frage, was denn die spanische Partei Podemos von der politischen „Kaste“ unterscheide, antwortete deren Vorsitzender Pablo Iglesias: „Podemos soll einen Raum für alle bieten, die einen Wandel wollen, der auf mehr Ehrlichkeit beruht.“ Auf den Einwand des Interviewers, Ehrlichkeit allein sei noch keine politische Position, entgegnete er: „Aber man kann Ehrlichkeit politisch übersetzen. Für uns bedeutet Ehrlichkeit das Recht auf eine Wohnung, das Recht auf Arbeit“ (Krupa 2015). Der Kampf für bestimmte Rechte, auch wenn sie, wie das Recht auf Arbeit, nicht einklagbar sind,² wäre aber nie so zugkräftig wie der moralische Wert der Ehrlichkeit, mit dem sich eine breite Front gegen „die Kaste“ schmieden lässt.

2. Populismus als Bedrohung der repräsentativen Demokratie

Müller stellt seine Ausführungen in einen demokratietheoretischen Kontext und versucht zu zeigen, dass Populismus eine Bedrohung der repräsentativen Demokratie und des Pluralismus darstelle. Populisten, so seine Hauptthese, verstünden die politische Willensbildung als imperatives Mandat. Das bestreite ich. Seit Edmund Burke unterscheidet man zwischen freiem und gebundenem (imperativem) Mandat. Nach Burke verfügt der Repräsentant, streng genommen, aber über gar kein Mandat, sondern ist an Aufträge oder Weisungen seiner Wähler nicht gebunden. Er hat eine „unvoreingenommene Meinung“, ein „ausgereiftes Urteil“ und handelt zum allgemeinen oder „wahren“ Wohl (*general good*) der Nation als Ganzer. Das Verhältnis zwischen Wählern und Gewählten beruht auf Treuhänderschaft (*trust*) (Burke 1774). Demgegenüber beruht das imperative Mandat auf konkreten Weisungen an eine Person, die nicht als Repräsentant des Ganzen, sondern als Delegierter eines Teils fungiert. Werden die Weisungen nicht befolgt, kann der Delegierte auch innerhalb einer Legislaturperiode abberufen werden (*recall*). In Deutschland haben sich die Grünen in ihrer Frühphase auf das imperative Mandat berufen, sind aber schnell davon abgekommen, weil es mit Reibungsverlusten und mangelnder Kompetenz verbunden ist.

2 Auch linke Parteien können die Einlösung dieses Anspruchs nicht garantieren, solange der Markt als ökonomischer Regulator akzeptiert wird. Die Alternative wäre eine Planwirtschaft mit reguliertem Arbeitsmarkt, für die sich Populisten aber gerade nicht stark machen. Populisten sehnen sich zurück nach einem Goldenen Zeitalter, in dem Vollbeschäftigung herrschte und sozialer Aufstieg möglich war, konkret: Nach der Aufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ausbruch der ersten Ölkrise. In Frankreich wird diese Phase von etwa 1948 bis Mitte/Ende der 1970er Jahre die „trente glorieuses“ genannt, die dreißig ruhmreichen Jahre. Es war aber auch die Zeit, in der es noch keine Masseneinwanderung gab, europäische Länder noch vergleichsweise homogen waren und die nationale Souveränität noch nicht durch die EU unter Druck geraten war.

Müller (2016b: 189) unterstellt nun populistischen Politikern, sie setzten den wahren moralischen Volkswillen „im Sinne eines imperativen Mandats“ um und wären demnach an Weisungen des Wahlvolkes gebunden. Diese These untermauert er noch mit den „Verträgen“, die Populisten mit dem Volk schließen. Aus der US-amerikanischen Politik dürfte ihm aber bekannt sein, dass diese „Verträge“ in allen politischen Lagern verbreitet sind und nichts anderes als das Wahlprogramm einer Partei beinhalten. Bill Clinton versprach 1992 einen „New Covenant“, eine „feierliche Übereinkunft“ zwischen dem Volk und seiner Regierung. Der republikanische Politiker Newt Gingrich präsentierte sein Programm als „Contract with America“. Sind Clinton und Gingrich deswegen Populisten?

Aus meiner Sicht verkennt Müller das spezifische Verhältnis von Führer und Geführten im Populismus. Populistische Führer sind nämlich gerade nicht Delegierte mit imperativem Mandat, sondern stehen in einer symbiotischen Beziehung zum Volk und fungieren als dessen Sprachrohr. Volk und Führer bilden eine intrinsische Willenseinheit: „Er will, was wir wollen“. Ernesto Laclau hat das auf einer deskriptiven Ebene richtig gesehen, wenn auch normativ überhöht: das Verhältnis soll auch so sein (vgl. Priester 2014). Diese postulierte Willensidentität tendiert aber eher zum freien Mandat. Wenn nämlich der Wille von Volk und Führer ohnehin identisch ist, bedarf es gar keiner Weisungen.

3. Populismus und „unmittelbare Demokratie“

Diese aus der politischen Romantik bekannte Idee einer Inkarnation des Volkes im Führer oder damals im König bedingt die Aversion von Populisten gegen Parteien. Populismus ist daher zu Recht als Anti-Politik bezeichnet worden. Populisten verstehen sich als Anti-Politiker mit einer gehörigen Portion Intellektuellenfeindlichkeit und Theorieaversion. In dem Gedanken, dass es zwischen Wahlvolk und Legislative eine vermittelnde Instanz – die Parteien mit Verfassungsrang – geben soll, die den politischen Willen erst bilden und aggregieren, sehen Populisten nur elitäre Bevormundung, da der Volkswille keiner Bildung bedürfe. Dies führt aber nicht zu einer direkten Demokratie mit imperativem Mandat, sondern, so Pierre Rosanvallon, zu einer „unmittelbaren“ Demokratie.³ Dieses Moment der Unmittelbarkeit oder „Nichtmediatisierung“ macht aus meiner Sicht den Kern des populistischen Syndroms aus. Hinter dem Bildungsauftrag von Parteien⁴ oder dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen wittern Populisten – nicht immer zu Unrecht – ein fundamentales Misstrauen gegenüber dem Volk, dessen Handlungsimperative von Irrationalität, Emotionalität und Ressentiments geprägt seien. Der liberale Rechtsstaat steht nicht mehr gleichwertig neben dem demokratischen Prinzip der Volkssouveränität, sondern mutiert zu einem Bollwerk dagegen.

Geht nun das Vertrauen in die Treuhänderschaft von Repräsentanten verloren, schlägt die Stunde des populistischen Protests. Die Krise der Repräsentation ist vor allem eine Vertrauenskrise, die sich am Begriff des Gemeinwohls festmacht. Der linke Jean-Luc Mélenchon vom Parti de gauche und der rechte Alexander Gauland von der „Alternative für Deutschland“ (AfD) fordern gleichermaßen die Rückkehr zum *bien commun*, zum

3 Müller (2016b: 194) drückt sich unklar oder missverständlich aus, wenn er einerseits das imperative Mandat für den Populismus reklamiert, andererseits aber mit Nadia Urbinati und Pierre Rosanvallon vom Paradoxon „direkter Repräsentation“ spricht.

4 Vgl. GG, Art. 21, 1 und Parteiengesetz von 1967, Art. 1, 1. Dagegen die Spannung zu GG, Art. 38, 1.

Gemeinwohl als regulativer Idee. Unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit vertreten gewählte Politiker nicht das Gemeinwohl, wie es Burke noch gefordert hatte, sondern Partikularinteressen, ja sie hätten sich zu einem „Kartell“ zusammengeschlossen, um die Pfründen unter sich zu verteilen. Überdies entspricht das Ideal eines wirklich freien, nur seinem „erleuchteten Gewissen“ (Burke) verpflichteten Abgeordneten nicht der Realität. In heutigen Parteien herrscht Fraktionszwang, der nur in wenigen Fällen aufgehoben wird, also durchaus Weisungsgebundenheit, auch wenn sie nicht vom Wähler, sondern von der Parteiführung ausgeht. Zudem wollen Abgeordnete wiedergewählt werden und haben daher ein (auch materielles) Interesse daran, die Sonderbelange ihres Wahlkreises zu vertreten. Wenn Müller (2016b: 189) also schreibt: „Die moderne Demokratie kennt nur das freie, nicht das imperative Mandat“ kann man mit Radio Eriwan antworten: Im Prinzip ja, aber

4. Rousseau als falscher Pate des Populismus

In einem nicht nachvollziehbaren Gedankensprung unterstellt Müller einen häufigen Bezug auf Jean-Jacques Rousseau (Müller 2016b: 189). Hier wüsste man gern: Wer bezieht sich „häufig“ auf Rousseau? Populisten ganz sicher nicht. Wenn sie, wie Gauland, vom Liberalkonservatismus herkommen, berufen sie sich auf Edmund Burke,⁵ ansonsten symbolpolitisch auf identitätsstiftende Volks- und Freiheitshelden, aber nicht auf politische Theoretiker. Hugo Chávez hat den Freiheitshelden Simon Bolívar zum Namensgeber seiner „bolivarischen Revolution“ erhoben. Die FPÖ huldigt dem Freiheitshelden Andreas Hofer; die Lega Nord beruft sich auf Alberto da Giussano, der sich im Namen der freien oberitalienischen Städtebünde gegen die imperialen Stauferkaiser stellte, der Front National auf die nationale Ikone Jeanne d’Arc, der Linkspopulist Mélenchon auf die Helden der Pariser Commune.

Nach Spinoza ist Rousseau der bekannteste Theoretiker der Volkssouveränität. Anders als Hobbes, für den das Volk nur im Vereinigungsvertrag souverän ist, dann aber in einem zweiten Schritt, im Unterwerfungsvertrag, seine Souveränität an den Monarchen abtritt, postuliert Rousseau, das Volk müsse auch im Vollzug der Gesetzgebung souverän bleiben. Er war sich aber darüber im Klaren, dass sein Gesellschaftsvertrag nur für kleine, überschaubare Stadtstaaten, nicht für moderne Flächenstaaten gelten kann. In seinen Verfassungsentwürfen für Korsika und Polen hat er substanzielle Abstriche von seinen Forderungen im *Contrat social* gemacht und Repräsentativsysteme empfohlen. Die Rezeption Rousseaus hat unterschiedliche Wege eingeschlagen. Eine der bekanntesten und wirkmächtigsten Lesarten hat 1961 Jacob Talmon in seinem Werk „Geschichte der Totalitären Demokratie“ vorgelegt. Talmon sah in Rousseau den geistigen Wegbereiter des Totalitarismus. Das mag Müller bewogen haben, Rousseau mit Populismus in Verbindung zu bringen, ist doch Populismus aus seiner Sicht nicht nur antipluralistisch, sondern trägt auch den Keim des Totalitarismus in sich.

5 Vgl. Eröffnungsrede von Dr. Alexander Gauland am 8.10.2014 im Brandenburgischen Landtag (<http://www.afd-brandenburg.de/eroeffnungsrede-von-dr-alexander-gauland>).

5. Orakelnde Philosophie

Auf mehr als einer ganzen Seite geht Müller (2016b: 191 f.) auf die Repräsentationstheorie des französischen Politikwissenschaftlers Bernard Manin ein. Die Sache scheint ihm also wichtig zu sein. Manin vertritt den Gedanken, die Institution einer Wahl von Repräsentanten beruhe letztlich auf aristokratischen Vorstellungen, da bei Wahlen der oder die Beste gewählt werde. Das scheint mir eine aparte Deutung „aristokratischer Vorstellungen“ zu sein. Die Wahl der Besten beruht auf dem Prinzip der Meritokratie, und das ist kein aristokratischer, sondern ein eminent bürgerlicher, auf dem Leistungsprinzip beruhender Gedanke. Gewählt werden – oder generell aufsteigen – soll, wer sich durch *individuelle* Leistung und Verdienst, nicht aufgrund von Geburt und Familien- oder Standeszugehörigkeit vor anderen auszeichnet.

Selbstverständlich sind politische, wie auch andere Fähigkeiten ungleich verteilt. Daraus aber zu folgern, „dass selbst jene Bürger, die sich als Demokraten deklarieren, die Idee politischer Gleichheit nicht wirklich ernst nehmen“ (ebd.: 190) darf man wohl Sophisterei nennen. Es gehört zum politischen Basiswissen, dass das aktive Wahlrecht auf dem Gleichheitsprinzip „one man, one vote“ beruht. Es ist hier nicht der Ort, den langen Kampf um diese politische Gleichheit nachzuzeichnen (Abschaffung des Zensuswahlrechts, Kampf für das Frauenwahlrecht etc.). Beim passiven Wahlrecht wird es dagegen in modernen Flächenstaaten immer eine Stellvertretung des politischen Willens geben, was Rousseau durchaus gesehen hat. Politische Gleichheit bezieht sich hier auf die Möglichkeit, dass sich jeder und jede zur Wahl stellen kann sowie auf zeitlicher Begrenzung. Gewählte Eliten sind in einer Demokratie Funktionseliten auf Zeit.

Aber was will Müller überhaupt mit seinem Rekurs auf Manin sagen? Offenbar will er dem Anspruch populistischer Führer entgegenzutreten, sie seien wie jedermann, ganz normale Leute, nichts Besonderes. Nein, entgegnet er mit Manin, auch der ordinärste Jedermann sei, sobald er gewählt werde, etwas Besonderes. Damit werde aber die Idee politischer Gleichheit unterlaufen zugunsten eines aristokratischen Prinzips. Die Verwendung des Adjektivs „aristokratisch“ außerhalb seines historischen Kontextes (der Herrschaft des Adels), fördert aber eine ahistorische Sichtweise, wonach das Wahlprinzip schlechthin aristokratisch sei. Demokratie als Idee politischer Gleichheit sei mithin gar nicht realisierbar.

6. Populismus als Verteidigung des Eigenen

Müller legt meines Erachtens zu großes Gewicht auf den *moralischen* Alleinvertretungsanspruch von Populisten, den ich keineswegs bestreite. Indessen: Hat nicht auch Kanzlerin Merkel in ihrer Flüchtlingspolitik einen moralischen Alleinvertretungsanspruch gegenüber den Mitgliedsstaaten der EU erhoben, die sich prompt bevormundet fühlten? Merkel war von dem moralischen Wunsch getragen, Deutschland möge nach seiner unheilvollen Vergangenheit ein „freundliches Gesicht“ zeigen. Dieses neue Gesicht Deutschlands haben aber nicht alle Nachbarn als freundlich, sondern als dominant und moralisch überheblich wahrgenommen. In Tschechien wurden Papptafeln mit der Aufschrift gezeigt: Tschechien ist kein deutsches Protektorat.

Neben der Dichotomie von „gut“ (Volk) und „böse“ (Eliten) spielen im Populismus noch zwei weitere Polarisierungen eine entscheidende Rolle: Die von „groß“ und „klein“ und die von „innen“ und „außen“. Die Bedrohung kommt nicht nur von oben, von den

korrupten Eliten, sondern auch von außen durch Globalisierung und Immigration. Wirtschaftspolitik ist dagegen im Populismus eine abhängige Variable und kann, je nach Konjunktoren und Wählerklientelen, von wirtschaftsliberalen zu protektionistischen Forderungen reichen.

Bei allen länderspezifischen Unterschieden steht im Populismus immer die Verteidigung des „Eigenen“ oder des *heartland* (Paul Taggart) gegen Bedrohungen von oben, unten und außen im Zentrum. Während es Rechtspopulisten um die Verteidigung der Identität ihrer Nation geht, sehen sich Linkspopulisten als Träger einer welthistorischen Mission. Das stolze Volk der Griechen oder das revolutionäre Volk der Franzosen sei das neue Menschheitsvolk, von dem das Fanal eines globalen Kampfes ausgehe. Alexis Tsipras erklärte: „Unser Kampf während dieser sechs Monate war [...] emblematisch für alle Völker Europas und der Welt [...], die für den Sturz der globalen neoliberalen Vorherrschaft kämpfen.“⁶

Anti-imperialistischer Befreiungsnationalismus ist aber immer ambivalent und erfreut sich auch bei nationalrevolutionären Rechten regen Zuspruchs. Das griechische Linksbündnis Syriza hat nach dem Wahlsieg im Januar 2015 mit der rechtspopulistischen Partei Anel (Anerxatiti Ellines) koalitiert, deren Vorsitzender Panos Kammenos das Verteidigungsministerium für sich forderte – und bekam. Die völlig überdimensionierte griechische Armee ist eine mächtige Klientel, an der nicht gerührt werden darf, auch nicht von Linken. Ebenso hat der als Linkspopulist geltende slowakische Politiker Robert Fico mit der rechten Slowakischen Nationalpartei (SNS) koalitiert.

7. Die vermeintliche Unfassbarkeit des Volkes

Das Volk im Populismus sei, so Müller, natürlich nicht das ganze Volk, reklamiere aber einen Alleinvertretungsanspruch für sich. Das ist zwar richtig, verkennt aber die Mobilisierungsfunktion von Ideologien. Jede politische Kraft, die zur Macht strebt, tut dies im Namen einer Ideologie, und sei sie, wie im Populismus, auch noch so schwach ausgeprägt. Sie setzt ihre Partikularität als Totalität und versteht sich als die staatstragende Säule oder, in den Worten des französischen Altpopulisten Pierre Poujade, als „Rückgrat der Nation“.

Irritierend finde ich dagegen Müllers esoterische Digressionen zur Unfassbarkeit und Nicht-Darstellbarkeit des Volkes in seiner Gesamtheit, erst recht sein Dekret: „Demokraten müssen schlicht akzeptieren, dass das Volk als solches sich nie ganz fassen lässt“ (Müller 2016b: 196). Hier werden mit bedeutungsschwangerem Gestus offene Türen eingerannt, denn Konstrukte sind grundsätzlich nicht darstellbar, es sei denn symbolisch oder allegorisch. War denn im Marxismus die „Klasse an sich“ darstellbar? Ist eine Nation darstellbar? Von Cicero bis Hegel war das „Volk“ in seiner bis heute gültigen Dreidimensionalität analytisch aber durchaus *fassbar*: Erstens juristisch als konstituiertes Staatsvolk (*populus*), zweitens sozial als untere Volksschichten (*vulgus, multitudo*), drittens sprachlich-ethnisch als Stamm oder Abstammungsgemeinschaft (*gens, natio*) in einem *regnum* oder *imperium*.⁷

6 Zitiert nach Martens (2015). Aus Platzgründen muss hier auf weitere einschlägige Zitate verzichtet werden.

7 Näher dazu Priester (2016).

Die Römer haben auch sprachlich zwischen Teil (*multitudo*) und Ganzem (*populus*) unterschieden. Der Sammelbegriff „Volk“ (*people, peuple*) kann diesen Unterschied nur durch zusätzliche Adjektive (das deutsche Volk, das gemeine Volk) zum Ausdruck bringen, was zu feuilletonistischen Simplifizierungen verleitet. „Das Volk ist nicht auffindbar“, titelte jüngst eine Wochenzeitung und setzte hinzu: „Sein angeblicher Wille ist nur eine Konstruktion“ (Kaube 2015). Müller macht sich zum Stichwortgeber solcher Mystifikationen, mit denen das Prinzip der Volkssouveränität unterminiert werden soll. Ist nämlich das Volk gar nicht auffindbar, kann es auch keine Souveränität beanspruchen. In der Moderne ist aber das sehr wohl „auffindbare“, statistisch erfassbare Volk der Souverän, von dem alle Staatsgewalt ausgeht (GG, Art. 20, 2). Der *Volkswille* ist dagegen immer eine „Konstruktion“ und wird durch bestimmte Verfahren ermittelt (Wahlen, Losverfahren, Akklamation). Im demokratischen Rechtsstaat artikuliert er sich durch Wahlen.

Müller argumentiert nun, mit ihrem moralischen Alleinvertretungsanspruch stellten Populisten auch das Wahlverfahren in Frage, im Prinzip jedenfalls und wenn sie könnten. Ihrer inneren Logik nach stünden sie mit einem Bein im Totalitarismus. Dabei extrapoliert er von einer nur hypothetisch angenommenen strukturellen oder inneren „populistischen Logik“ in die Zukunft und bedient sich einer *petitio principii*: Das erst noch zu Beweisende wird als bereits bewiesen unterstellt. Er fragt gar nicht, ob es überhaupt so etwas wie eine „strukturelle“, dem Populismus *und nur ihm* inhärente Logik gibt, sondern setzt sie als gegeben voraus. Das Telos dieser Logik sei die Abschaffung des Pluralismus. Bis zum Beweis des Gegenteils erkennen Populisten – Berlusconi in Italien, die FPÖ als Koalitionspartner der ÖVP nach den erdrutschartigen Verlusten bei den vorgezogenen Neuwahlen 2002 – aber Wahlniederlagen an. Anhand von nur zwei Gegenbeispielen (Orbán in Ungarn und López Obrador in Mexiko) beharrt Müller (2016a: 63 f.) aber darauf, dass Populisten eine Wahlniederlage nicht anerkennen und zwischen empirischem und moralischem Wahlergebnis unterscheiden. Leider übersieht er, dass sich auch die Gegenseite schwer tut, unliebsame Wahlergebnisse zu akzeptieren. Man erinnere sich an die Volksabstimmungen zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden 2005, die von der „Straße“ ins Parlament verlagert wurden, um das von der EU gewünschte Ergebnis zu erzielen. Erinnert sei auch an den G 20-Gipfel in Cannes 2011, zu dem der damalige griechische Premierminister Papandreou einbestellt wurde. Er hatte ein Referendum über die Rettungsmaßnahmen geplant, wurde aber von EU-Kommissionspräsident Barroso, von Merkel und Sarkozy mit vereinten Kräften davon abgehalten.

Nach dem für viele unerwarteten Ausgang des Referendums zum Brexit kam es zu einem „March for Europe“ mit dem Ziel, im Parlament eine Debatte über ein zweites Referendum zu initiieren, was die britische Regierung aber abgelehnt hat. Nach dem Sieg von Donald Trump demonstrierten in den USA zahlreiche Menschen, die sich weigerten, Trumps Wahlergebnis zu akzeptieren. Sie forderten die Wahlmänner auf, sich am 19. Dezember gegen Trump zu stellen. 538 Wahlmänner sollen also das Votum von rund 50 Millionen Trumpwählern aushebeln, die in den Worten von Trumps Konkurrentin Hillary Clinton ohnehin nur „deplorables“, bedauernswerte, ungebildete Hinterwäldler sind.

Die eigentlichen Probleme liegen auf einer anderen Ebene. Erstens: Populisten wie Berlusconi oder der österreichische Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer (FPÖ) streben eine plebiszitäre Präsidentschaft bei *fortbestehendem* Parteienpluralismus und Parteienwettbewerb an. Müllers Kriterium des Antipluralismus sticht also nicht. Unter der Bezeichnung „competitive authoritarianism“ ist diese Mischform von Autoritarismus und Pluralismus bereits seit 2002 in der Debatte. Zweitens: In der aristotelischen Regimenleh-

re wird zwischen Aristokratie (Herrschaft der Besten) und ihrer negativen Abart, der Oligarchie (Herrschaft der Wenigen), unterschieden. Gegen die Wahl der Besten und deren Ausrichtung am Gemeinwohl haben Populisten gar nichts einzuwenden. Sie glauben aber festzustellen, dass nicht diese, sondern die nur ihre Partikularinteressen verfolgenden Wenigen an der Spitze stehen, dass also, Aristoteles zufolge, eine gute Herrschaft durch eine schlechte abgelöst worden sei. Lateinamerikanische oder spanische Populisten wie Iglesias mobilisieren daher gegen „die Oligarchie“ als Synonym für das Establishment.

8. „Ganz normale Leute“ als Klientel des Populismus

Auch in sozialer Hinsicht hat das Volk im Populismus klare Konturen und lässt sich sehr wohl fassen. Es sind weder die ganz „Großen“, die *global players*, noch die vom Staat alimentierten Kleinen (die „Sozialstaatsschmarotzer“), sondern die produktiven, hart arbeitenden mittleren Schichten vom blue collar worker bis zu Freiberuflern (Kaufleute, Handwerker, heute durchaus auch IT-Spezialisten, Anwälte, Zahnärzte, Immobilienmakler oder Werbefachleute, auf die sich der Niederländer Pim Fortuyn stützte). Der Sozial- und Interventionsstaat ist ihnen ein Dorn im Auge; sie fürchten, zwischen oben und unten, zwischen Big Government, Big Business und Big Labor, zermalmt zu werden. In Europa tritt zu den Großen noch die EU als neuer „Leviathan“ (Umberto Bossi) hinzu. In der Gegnerschaft zu diesen Großen ist bereits die Ambivalenz des Populismus, sein Changieren zwischen rechts und links, angelegt, sagt die Bezeichnung „die Großen“ doch nichts über deren Interessenausrichtung.

Semantisch ist das Volk von den „ganz normalen Leuten“ abgelöst worden (*la gente normal*, so Pablo Iglesias). Auch Berlusconi oder Bossi (Lega Nord) haben von rechts an *la gente* appelliert, darunter auch viele Arbeiter als Opfer der Deindustrialisierung.⁸ Der Front National, die Lega Nord, die dänische Volkspartei, die FPÖ sind heute vor allem Arbeiterparteien. Die Volksparteien haben sich kontinuierlich zur Mitte hin bewegt und an den Rändern eine frei flottierende Verfügungsmasse hinterlassen, die der Populismus besetzt. Alexander Gauland stellte fest, die AfD sei vor allem eine „Partei der kleinen Leute“, aber ohne diese „kleinen Leute“ wäre sie ein liberaler Professorenclub mit Stimmenanteilen unter fünf Prozent geblieben.

Populismus und Eliten sind keine unabhängig voneinander agierende Größen, sondern stehen wie kommunizierenden Röhren zueinander: Sinkt das Vertrauen in die etablierten politischen Kräfte, steigt der Pegel des Populismus. Geradezu exemplarisch erleben wir das hierzulande mit dem Aufstieg der AfD. Aber längst nicht alle, die ihre Stimme rechtspopulistischen Parteien geben, haben ein festgefügtes Weltbild, sondern sind Protestwähler, die den etablierten Parteien einen Denktzettel verpassen wollen.

9. Populisten – eine akklamierende Masse?

Müller mag den Populismus nicht. Ich auch nicht, aber aus anderen Gründen. Müller moniert am Populismus dessen moralischen Alleinvertretungsanspruch. Ich moniere vor al-

8 Zur Auflösung des Volksbegriffs in Ersatzbegriffen wie „die Leute“, „die Menschen“ oder „die Bürger“, vgl. Priester (2012a: 25 f.).

lem dessen Ambivalenz zwischen rechts und links, auch wenn Iglesias, der sich sogar Marxist nennt, diesen Unterschied für obsolet erklärt.

Müller gebührt das Verdienst, die Debatten über Populismus wieder in demokratietheoretische Bahnen gelenkt zu haben. Aber die Gattung des Essays verleitet auch zu einem groben Pinselstrich und zu feuilletonistischem Impressionismus, etwa, wenn er mit souveräner Geste die weit verbreitete Gleichsetzung von populistischen Führern mit Charismatikern vom Tisch wischt.⁹ Im Prinzip hat er zwar recht, auch wenn er pauschalisiert. Es gibt im Populismus neben vielen Durchschnittspolitikern einige charismatische Begabungen, aber sie sind nicht konstitutiv für Populismus. Das Klischee von den charismatischen populistischen Führern hält sich, so meine ich, deswegen so hartnäckig, weil es ein probates Ausgrenzungskriterium für Populismus ist und auf einem simplen Syllogismus beruht: Alle populistischen Führer sind Charismatiker. Charismatische Herrschaft ist eine Bedrohung der legalen Herrschaft. Ergo sind Populisten eine Bedrohung der (auf den Rechtsstaat reduzierten) Demokratie.

Grosso modo ist Müller auch darin zuzustimmen, dass es Populisten nicht um mehr Partizipation, sondern um Akklamation geht, auch wenn er seine Beispiele sehr selektiv auswählt. Mit Geert Wilders' Partij voor de Vrijheid (PVV) und Berlusconi's Forza Italia hat er zwar leichtes Spiel, aber wie repräsentativ sind diese Fälle für „den“ Populismus? Man muss den Blick schon etwas ausweiten, um zu sehen, dass Müllers These von der Passivität der Massen und der Parteiführung nach Guts- oder Konzernherrenart in dieser Pauschalität nicht stimmt. Lässt sich bei Parteien wie Podemos oder Syriza tatsächlich von fehlender innerparteilicher Demokratie und willfährig akklamierenden Massen sprechen? Auch in rechten Parteien wie dem Front National regt sich seit Jahren innerparteilicher Widerstand, sei es gegen den gesamten Le Pen-Clan oder gegen die aktuelle Vorsitzende Marine Le Pen. Dabei geht es keineswegs nur um Personalien, sondern um die Parteilinie, auf die diverse Flügel Einfluss zu nehmen suchen.

Immer wieder kommt es auch zu Abspaltungen und fundamentalem Dissens. 1998 spaltete sich der national-konservative Bruno Mégret vom Front National ab und gründete eine eigene Rechtspartei, den Mouvement national républicain (MNR). 2005 trennte sich das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) unter Jörg Haider von der FPÖ. Seit dem Sommer 2015 hat auch Syriza Konkurrenz aus den eigenen Reihen bekommen: die Volksunion (Laiki Enotita), die den Austritt aus dem Euro und die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien fordert. Die innerparteiliche Vielfalt ist größer als man denkt, wenn man nur die rhetorische Selbstinszenierung der Führung zur Kenntnis nimmt. Es ist ein Zerrbild von Populismus, wenn man ihn auf selbstherrliche Führer auf der einen und passive, akklamierende Massen auf der anderen Seite reduziert. Das ist etwa so, als wisse man bereits alles über die polykratische Herrschaftsstruktur der NSDAP, wenn man Leni Riefenstahls Propagandafilm über den Nürnberger Reichsparteitag gesehen hat.¹⁰

9 Näher dazu Priester (2012b).

10 Ähnlich einseitig sind auch Müllers Ausführungen zu populistischen Herrschaftspraktiken. Populisten „nehmen den Staatsapparat in Besitz und platzieren ihre Partei- und Gefolgsleute in Positionen, die normalerweise neutrale Beamte innehaben sollten“ (Müller 2016a: 70). Wie hält er es dann mit dem US-amerikanischen *spoils system* oder in Deutschland mit den „politischen Beamten“, die nach *jedem* Regierungswechsel zu etwa 60 Prozent ausgetauscht werden? Der Unterschied sei, so Müller, dass Populisten diese „eher anrühige Praxis“ offensiv betrieben, als sei es herrschaftstechnisch oder moralisch ein Vorzug, etwas Anrühiges nur unter dem Schleier der Intransparenz zu betreiben. Müller argumentiert normativ, statt der Frage nachzugehen, ob sein Ideal eines völlig neutralen Beamtenkorps von der Realität der Parteiendemokratie nicht weitgehend überholt worden ist.

10. Abschied von demokratietheoretischen „Fiktionen“ und „frommen Hoffnungen“?

Im Gegensatz zu Müller bin ich der Ansicht, dass Populismus als Reaktion auf politische Verkrustungen, wie sie jahrelang etwa in Österreich oder Italien gegeben waren, durchaus ein nützliches Korrektiv ist. Müller (2016b: 188) antwortet darauf mit politischem Labeling („Theoretiker auf der Linken“), was aber keine Argumente ersetzt. Korrektiv heißt nämlich nicht, wie Müller etwas süffisant unterstellt, dass man ausgerechnet vom Populismus mehr Demokratie erwarte, sondern ist als Frühwarnsystem oder als Indikator für Fehlentwicklungen zu verstehen. Populismus ist Ausdruck eines dreifachen Krisensymptoms, einer Krise der Repräsentation, einer Krise der Partizipation und einer Krise der Souveränität, aber er ist nicht deren Überwindung.

Das eigentliche Problem lautet nämlich: Wie konnte es überhaupt zur Genese und zum Erfolg populistischer Bewegungen kommen? Lebten wir in der besten aller möglichen Welten und wäre es um die repräsentative Demokratie tatsächlich gut bestellt, gäbe es keine wachsende Wahlabstinz, keine Erosion der Volksparteien, keine verdrossenen „Wutbürger“, sondern Vertrauen in die gewählten Volksvertreter und lebhaftes parteipolitisches Engagement. Es gäbe keine Zukunfts- oder Überfremdungsangst, keine unterhalb der Armutsgrenze lebenden Süd- oder Osteuropäer, keine Renationalisierungstendenzen, sondern Weltoffenheit und Zukunftsgewissheit auf der Basis eines demokratisch vereinten, solidarischen Europa. Dem ist aber nicht so.

Müller flüchtet in stratosphärische Höhen, wenn er fatalistisch erklärt: „Solange wir in repräsentativen Demokratien leben, wird es Populismus geben“ (Müller 2016a: 134). Dass Populismus aber Konjunkturen erlebt, dass einige Parteien wie der Vlaams Belang oder die Lega Nord sich im Niedergang befinden und von moderateren, nicht explizit ethnozentrischen, sondern eher bürgerschaftlich auftretenden Parteien wie der Neuen Flämischen Allianz (Nieuw Vlaamse Alliantie, N-VA) in Belgien oder der Fünf-Sterne-Bewegung in Italien in den Schatten gestellt werden, ist dann ohne Belang und bedarf keiner weiteren Erklärung. Ohnehin, so Müller, dürfe man an die Demokratie keine überzogenen Ansprüche stellen. Eher müsse man darüber nachdenken, „von welchen Fiktionen sich aufgeklärte Demokraten besser verabschieden sollten“ (Ebd.). Um was für Fiktionen handelt es sich? Nach Lage der Dinge kann es sich nur um die Volkssouveränität handeln, die man sang- und klanglos zu Grabe tragen sollte, ist das souveräne Volk aus dieser Sicht doch ohnehin nur eine Fiktion und ein Ärgernis obendrein. Was bleibt, ist Karl R. Poppers „Sozialtechnik der Einzelprobleme“ (*piecemeal engineering*) der „offenen Gesellschaft“ gegen ihre Feinde. Popper hat nicht widersprochen, als man ihn einen Moralisten genannt hat. Auch Müller ist, bei allem Scharfsinn, ein Moralist, der rund siebzig Jahre nach Popper heute den Feind der offenen Gesellschaft im Populismus erblickt. Dessen Gegner, die moralisch Guten, nennt er zwar „aufgeklärte Demokraten“, meint aber „aufgeklärte Eliten“.

Müllers Hauptthese vom imperativen Mandat im Populismus halte ich für falsch. Aber er hat einen wichtigen Impuls ausgelöst, um erneut die Frage nach Sinn, Bedeutung und Reichweite von Demokratie aufzuwerfen. Über Populismus lässt sich gehaltvoll nur vor diesem Hintergrund diskutieren.

Literatur

- Burke, Edmund, 1774: Speech to the Electors of Bristol; www.econlib.org/library/LFBooks/Burke/brkSWv4cl.html, 11.10.2016.
- Decker, Frank, 2006 (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden.
- Kaube, Jürgen, 2015: Das Volk ist nicht auffindbar. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 29.05.2015, 41.
- Krupa, Matthias, 2015: „Demokratie oder Barbarei“, Interview mit Pablo Iglesias. In: ZEIT online vom 28.10.2015; www.zeit.de/2015/42/pablo-iglesias-podemos-partei-interview, 11.10.2016.
- Laclau, Ernesto, 2005: On Populist Reason, London / New York.
- Martens, Michael, 2015: Bündnis der verwirrten Linken. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.09.2015.
- Mény, Yves / Surel, Yves, 2000: Par le peuple, pour le peuple, Paris.
- Müller, Jan-Werner, 2016a: Was ist Populismus?, Berlin.
- Müller, Jan-Werner, 2016b: Was ist Populismus?. In: Zeitschrift für Politische Theorie 2, 187–201.
- Mudde, Cas, 2007: Populist radical right parties in Europe, Cambridge, UK / New York, NY.
- Mudde, Cas / Rovira Kaltwasser, Cristóbal, 2012 (Hg.): Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?, Cambridge, UK / New York, NY.
- Taggart, Paul, 2000: Populism, Buckingham / Philadelphia.
- Priester, Karin, 2007: Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt (Main).
- Priester, Karin, 2012a: Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt (Main).
- Priester, Karin, 2012b: Die überschätzte Rolle des Charismas im Populismus. In: Dies., Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt (Main), 72–91.
- Priester, Karin, 2014: Mystik und Politik. Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und die radikale Demokratie, Würzburg.
- Priester, Karin, 2015: Populismus in den Medien: Realität und Stigmawort. In: Ernst Hillebrand (Hg.), Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?, Bonn, 138–147.
- Priester, Karin, 2016: Das Volk zwischen Interessenpolitik und symbolischer Repräsentation. In: Jan-Hendrik Witthaus / Patrick Eser (Hg.), Machthaber der Moderne. Zur Repräsentation politischer Herrschaft und Körperlichkeit, Bielefeld, 69–91.
- Wielenga, Friso / Hartleb, Florian, 2011 (Hg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, Münster.

